

## “Arbeitszeitverkürzung” als Unternehmerprogramm

# DER MARKTGERECHTE TAGELÖHNER

Die Funktionäre des DGB werfen ihrem Tarifpartner vor, er betrachte und behandle mit unerbittlicher Sturheit die 40-Stunden-Woche als Tabu; “phantasielos” und “unflexibel” hielten die Unternehmer an der alten “starren Arbeitszeitregelung” fest und so weiter. Nichts ist falscher als dieser blöde Vorwurf!

### **40-Stunden-Woche heute: Zwischen 20 und 60 Stunden Arbeit**

Noch nie haben die Unternehmer sich an die 40-Stunden-Arbeitswoche gehalten. Mit Überstunden wird sie überschritten, mit Kurzarbeit unterschritten - je nach betrieblichem Bedarf. Fast alle Betriebe “bieten” Teilzeitarbeitsplätze “an” - nicht bloß, weil manche notwendigen Arbeiten kostengünstig keinen ganzen Mann ausfüllen, sondern vor allem, weil an einem halben Arbeitstag meist mehr Arbeit erledigt wird als in der Hälfte eines ganzen. Denn das haben die Unternehmer längst erkannt, daß in weniger Arbeitsstunden mehr Leistung rauszuholen ist. Außerdem gibt es immer ein paar Alte im Betrieb, die eine volle 40-Stunden-Woche nicht mehr durchstehen: Die werden dann noch als Teilzeitkräfte zu Ende benutzt, bevor sie in Rente gehen dürfen. Die in einer Woche anfallende Arbeit läßt sich auch auf vier Arbeitstage zusammenlegen: Kurzarbeit ohne Produktionseinbußen. Erst recht läßt sich die Sache fürs ganze Jahr flexibel handhaben: Saisonbedingter hoher Arbeitsanfall wird mit voller Stundenzahl plus Überstunden und Sonderschichten erledigt; die dürfen dann abgefeiert werden, wenn es nicht so viel zu tun gibt. Es sei denn, man erledigt solche Konjunkturen gleich mit Kurzzeitverträgen und durch den Einsatz von Leiharbeitern.

Eine “Verkürzung der Wochenarbeitszeit”, “leider ohne Lohnausgleich”, wird also in den verschiedensten Formen schon längst gekonnt gehandhabt - als kostengünstigste Methode der Firma, ihre Ausgaben für Arbeitskraft dem Wandel der Auftragslage anzupassen. Und weil es dabei um nichts anderes geht als die Freiheit der Unternehmen, die Arbeitszeit ganz nach ihrer Kalkulation und zu *ihrem* Vorteil einzurichten, wird dazu so gern die *Ideologie* verbraten, damit würde einzig und allein den individuellen Freizeit-Wünschen der “lieben Mitarbeiter” entsprochen. Es soll sogar betroffene Arbeiter geben, die diese Ideologie für sich persönlich ganz ernst nehmen und sich genau wünschen, was sie gerade müssen...

### **Arbeitszeit nach Unternehmermaß**

So groß die Freiheit der Unternehmer aber auch ist bei der Handhabung der “fest vereinbarten” 40-Stunden-Woche, den scharf kalkulierenden Unternehmern genügt sie noch lange nicht. Und die Arbeits-Teitverkürzungs-Kampagne der Gewerkschaften bietet ihnen eine hervorragende Gelegenheit, hier voranzukommen. Heuchlerisch machen sie sich die DGB-Ideologie zu eigen, es gäbe da einen Weg, “Entlassungen zu vermeiden”, “Arbeitsplätze zu sichern”, ja sogar Neueinstellungen zu erreichen. Wenn nämlich die Länge der Arbeitswoche ganz und gar ihrer

freien Kalkulation überantwortet wird. So begegnen sie der gewerkschaftlichen  
"Jahrhundertforderung" mit der "sensationellen Geheimwaffe": "Arbeitszeit nach Maß".  
Tarifvertraglich wollen die Unternehmer sich ausdrücklich all die Freiheiten zugestehen lassen,  
die sie sich praktisch längst auf Grundlage der alten Abmachungen herausgenommen haben -  
5 dann kann erst wieder die wahre marktwirtschaftliche Freiheit herrschen.

- "Flexiblere Arbeitszeiten" wünscht sich das Unternehmertum; eine wöchentliche Arbeitszeit  
"von 25 bis 50 Stunden"; eine "Auflockerung des starren Arbeitszeitsystems". Teilzeitarbeit,  
verkürzte Schichten, "garantierte Jahresarbeitszeit"; das würde den "Bedingungen der Betriebe  
entsprechen". Denn so würden die "Gegebenheiten des Marktes berücksichtigt"; das Un-  
10 ternehmen hätte den Vorteil, "mit der Arbeitsleistung den konjunkturellen Verläufen besser folgen  
zu können". - Saisonarbeiter und Tagelöhner, die drei Tage arbeiten und vier Tage das Geld  
versaufen, können hoffen. Sie müssen nur darauf aufpassen, wie die Marktlage dieses oder jenes  
Betriebes gerade ist.

- Dieses schöne Angebot geht natürlich nur, wenn auch das starre *Tariflohnsystem* durchbrochen  
15 wird, man wieder zu den glücklichen Zeiten der völlig freien Konkurrenz zurückkehrt, wo  
Angebot und Nachfrage allein die Löhne in die Höhe trieben. Nichts Schöneres als "*frei  
vereinbarte Stundenlöhne*" - man will sogar Arbeitsplätze schaffen, "wenn ich den Preis für die  
Arbeit frei aushandeln kann". Auch für den Lohnarbeiter, der ja mit aushandelt, eine feine Sache:  
Der Lohn steht von vornherein nicht starr fest, die Lohntüte ist immer eine neue Überraschung,  
20 und wem's nicht paßt, der geht eben zum Meistbietenden auf Jobsuche.

- Dem stehen nur noch die verdammten überbetrieblichen Tarifverträge im Wege, diese  
Totengräber jeden freien Unternehmertums. "Betriebsindividuell" muß es wieder zugehen. Dafür  
gilt es, die "*Tarifverträge zu öffnen*", dafür muß die "Tarifautonomie eingeschränkt" werden.  
Dann kann der Betriebsleiter endlich wieder ganz "konkret" und individuell mit seinem An-  
25 gestellten x und Arbeiter y verhandeln: "Wie hätten Sie's denn gern?..."

- Wegfallen würden dann natürlich auch ganz von selbst die viel "zu vielen sozialen Elemente",  
die in die bisherigen Tarifverträge eingebaut waren. Freie Lohnvereinbarung kann, versteht sich,  
nur dann richtig "greifen", sprich: die Arbeit angemessen verbilligen, wenn sie sich auch auf die  
"soziale Sicherung" erstreckt und kein überbetriebliches "soziales Netz" die Lohnempfänger zu  
30 einer frechen "Anspruchshaltung" befähigt...

### **Unternehmerfreiheit zum Nulltarif**

Alle Bestandteile proletarischer Arbeits- und Armutsverwaltung - mit denen das Kapital bisher ja  
keineswegs schlecht gefahren ist - Tarifautonomie, Tarifverträge, Sozialstaat - erklären die Un-  
35 temehmer zu schlechten Geschäftsbedingungen, noch den mickrigsten, bloß formellen Schutz  
ihrer Lohnarbeiter vor ihrer Geschäftstüchtigkeit für geschäftsschädigend. Denn die freie Ge-  
staltung des Arbeitstags kostet sie Zuschläge, Zulagen und sonstige Gelder, mit denen sie bisher  
diese Freiheit billig erkaufte haben.

Die wollen sie möglichst einsparen und mehr oder weniger Arbeit leisten lassen, ohne auf die  
40 Arbeitskraft, ihren lebensnotwendigen Normallohn, den Mehrverschleiß bei mehr und den

Minderverdienst bei weniger Arbeit noch irgendwie Rücksicht nehmen zu müssen. Der Normalarbeitstag soll bestehen bleiben, aber als Schranke soll er überhaupt nur noch für die Arbeiter existieren: als Zeit nämlich, die man arbeiten muß, um einen Lohn zu erzielen, der als normal gilt und einigermaßen für die Bestreitung der Lebensnotwendigkeiten hinreicht. Weniger Arbeit heißt dann erzwungene Freizeit auf Kosten von Lohn, und mehr Arbeit Abzug von Freizeit für mehr Lohn. Die Anwender der Arbeit aber wollen keine gesetzliche Schranke mehr sich auferlegen lassen, deren Aufhebung mit Kosten verbunden ist. *Überstunden* wollen sie zum Teil des Normalarbeitstages machen - eben aufs Jahr berechnet -, also nahezu kostenlos abrufen können. Dauernde Unterbeschäftigung und entsprechende Unterbezahlung wollen sie als Recht ohne jede Ausgleichszahlung verbrieft haben, ihre Belegschaften ohne Zusatzaufwendungen verjüngen und nach Bedarf vergrößern oder verringern.

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts, ausgerüstet mit den modernsten Betriebsmitteln lohnender Ausbeutung fordern sie die Wiederherstellung der Rechtsverhältnisse des 19. Jahrhundert-Kapitalismus. So sicher sind sie sich, daß es in ihrer bundesdeutschen Nation nur und heute erst recht auf sie und ihren Geschäftserfolg ankommt und dann ökonomisch erst einmal auf gar nichts. Und zwar nicht bloß ihnen selber - das versteht sich sowieso. Auch nicht bloß den politischen Wächtern und Förderern erfolgreicher "Marktwirtschaft" - das versteht sich auch von selbst. Dem nationalen Geschäftserfolg als höchstem Anliegen hat sich auch die Organisation der Arbeiterklasse verschrieben - so sehr, daß der DGB bei 3 Millionen Arbeitslosen weniger denn je daran denkt, für die Arbeiter ganz schlicht mehr Freizeit, weniger Arbeit und ein erträgliches Auskommen zu fordern. Nein; mehr denn je tritt die Gewerkschaft für einen Aufschwung des Geschäftslebens ein, von dem die Lohnarbeiter zu ihrem wachsenden Schaden so völlig abhängen. Bundesdeutschlands Unternehmer wären ja totale Fehlbesetzungen in ihrem Beruf, würden sie diesen Gewerkschaftsstandpunkt nicht so schamlos ausnutzen.. wie sie es tun!